

Landes- Wahlprogramm 1954

Referenzmaterial zur Landespolitik

A 96 - 03085

INHALTSVERZEICHNIS

<u>Vorwort</u>	1-2
<u>Grundsätze</u>	3-7
<u>Wirtschafts- und Finanzprogramm</u>	
Allgemeine	9-15
Landwirtschaft	17-25
Kommunikation	27-29
Wirtschafts- und Finanzpolitik	31-43
<u>Die Position der SPD in der bayerischen Koalition</u>	
Die Arbeit in der Koalition	45-62
Die Arbeit im Parlament	63-67
Zusammenfassung	69-102
<u>Argumente</u>	
Zwischen Kirche und SPD	103-116
Politische Grundhaltungen Bayerns im Land	117-131
Die deutsche Nation	133-152
<u>Die SPD im Parlament</u>	153-156
<u>Die SPD und die Bundespolitik</u>	

Die in diesem Programm enthaltenen Forderungen sind als Richtschnur für die Arbeit der SPD im bayerischen Landtag und im Reichstag zu betrachten. Die Forderungen sind in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit geordnet. Die Forderungen sind als Richtschnur für die Arbeit der SPD im bayerischen Landtag und im Reichstag zu betrachten. Die Forderungen sind in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit geordnet.

GRUNDSÄTZE

GRUNDSÄTZE

Die Welt ist voll Spannung und Unsicherheit.

Die Vernichtung unseres ganzen zivilisatorischen Lebens durch technische Mittel ist möglich geworden.

In dieser Zeit bestimmt die Politik unser Schicksal. Mit den alten politischen Methoden können die großen Fragen der Menschheit nicht mehr gelöst werden.

Wir brauchen eine Revolution in der Politik.

Der demokratische Sozialismus zeigt den Weg. Er ist die Freiheitsbewegung unserer Zeit.

Er ist vor 100 Jahren entstanden als sittlicher Protest gegen Unrecht, Ausbeutung und Unterdrückung.

Sein Ziel ist die Befreiung des Menschen von jeder Art unwürdiger sozialer Abhängigkeit, geistiger Hörigkeit und Lebensangst. Dieses Ziel ist unverändert geblieben.

Der Sozialismus ruht auf unveräußerlichen moralischen Werten.

Diese Werte sind:

Die Achtung vor der Würde des Menschen,

das Streben nach sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Menschlichkeit, der Kampf gegen jede Form von Armut und Unterdrückung in dieser Welt, die Anerkennung der Freiheit des Geistes und des Glaubens,

die Achtung aller Weltanschauungen und Religionen, die auf Menschentum gegründet sind,

die Anerkennung des wissenschaftlichen Fortschritts und seine Anwendung im Dienste des Friedens und des Wohlstandes aller Menschen,

die Unabhängigkeit von jeder Diktatur und Geldmacht,

die völkerumspannende Idee der Gemeinschaft und des Friedens.

Diese Werte müssen in Zukunft zum Inhalt aller Politik werden. Eine neue Gemeinschaftskultur muß entstehen, in der Wissenschaft und Technik dem Glücke freier Menschen und dem Frieden aller Völker dienen. Die Stunde ist da, in der Hunger und Not der Vergangenheit angehören, wenn wir das Richtige tun.

An dieser Wende unserer Zeit ist den Menschen ihr eigenes Schicksal in ihre eigene Hand gegeben. Sie können alles zum Segen wenden, wenn sie nur wollen.

Diesen Willen wachzurufen und den Menschen einer neuen Gemeinschaft zu formen, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie in allen Ländern der Welt. Auch in Deutschland kämpft sie im Alltag, in Regierungen und Parlamenten um die Verwirklichung dieser Ziele.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist in der Bundesrepublik in Opposition. In Bayern trägt sie seit Jahren die Mitverantwortung in der Regierung. Sie weist mit Stolz auf ihre Leistungen hin und ist entschlossen, in Zukunft noch größere Verantwortung zu übernehmen.

Sie bekennt sich zur bayerischen Heimat, zur Verfassung des Freistaates Bayern und zur Einheit des ganzen deutschen Volkes. Durch ihren Kampf um ein freiheitliches und soziales Bayern macht sie unser Land zu einer starken Säule der Demokratie in Deutschland und Europa.

In diesem Streben sucht sie die Zusammenarbeit mit allen Menschen guten Willens. Sie erkennt im echten Christentum eine tragende moralische Kraft. Echtes Christentum und Sozialismus sind keine Gegensätze. Entschieden aber wendet sie sich gegen den parteipolitischen Mißbrauch von Christentum und Religion.

Die Sozialdemokratie ist der Feind jeder Diktatur, denn Sozialismus ist ohne Freiheit nicht denkbar. Vom Kommunismus trennt sie eine unüberbrückbare Kluft. Sie wird auch in Bayern jede Form totalitärer Einflüsse bekämpfen und alles tun, um die Grundlagen unserer Demokratie zu sichern.

In diesem Geist geht die Sozialdemokratie in Bayern in die kommende Auseinandersetzung um die politische Führung des Landes. In ihrem Landeswahlprogramm stellt sie die Fragen der Erziehung in den Vordergrund, weil sie weiß, daß ohne Verantwortung, geschichtliche Einsicht, Selbsterkenntnis und Gemeinschaftsgefühl die soziale Demokratie der Zukunft unmöglich ist. Sozial-, Wirtschafts-, Finanz- und Kommunalpolitik haben auch im Rahmen Bayerns der großen Kulturaufgabe zu dienen. Das Programm der Sozialdemokratie ist ein Appell an die Vernunft, an das Gewissen und an die Menschlichkeit. Seine Verwirklichung ist ein Schritt vorwärts in eine neue Zeit.

Allein auf sich gestellt, angewiesen auf das Opfer der Ärmsten, bekämpft und verleumdet von ihren politischen Gegnern, im stetigen Bemühen um neue Erkenntnisse, getragen von dem Glauben selbstloser Sozialisten, angefeuert von den stolzen Traditionen ihres 100-jährigen Kampfes und in der Gewißheit, das Schicksal unseres Volkes entscheidend mitzubestimmen, geht die Sozialdemokratie unbeirrt ihren Weg.

Sie ruft alle zur Verantwortung und Mitarbeit auf, gleichgültig, welcher religiösen Weltanschauung sie sind oder aus welcher politischen Vergangenheit sie kommen.

Wir wollen alle Menschen sammeln, die von ihrer Arbeit leben, alle, die hinausdenken über sich selbst und über diese Zeit und die sich der Menschheit verpflichtet fühlen.

Heimat in Frieden,
Gerechtigkeit für jeden,
Wohlstand für alle,
das sei unsere Losung.

LANDESWAHLPROGRAMM

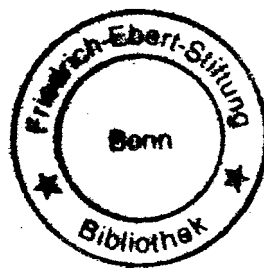
Kulturpolitik

Sozialpolitik

Kommunalpolitik

Wirtschafts- und

Finanzpolitik



A 96 - 03085

KULTURPOLITIK

Die gesamte Politik der SPD dient der freien kulturellen Entwicklung des Menschen. Die Kulturpolitik ist deshalb ein wesentlicher Bestandteil ihrer Gesamtpolitik.

I.

Aufgabe sozialdemokratischer Kulturpolitik ist es,

- a) für die Freiheit der Kultur und für die freie Entfaltung der geistig-kulturellen Kräfte und Einrichtungen einzutreten,
- b) freien Zugang zu einer freien Kultur für alle zu schaffen und
- c) den Staatsbürger durch eine zeitgemäße Erziehung zu befähigen, Anteil und Verantwortung am Leben der Gesellschaft zu übernehmen.

Ziel und Aufgabe

Verantwortung kann nur dann übernommen werden, wenn auch das Recht auf Selbstentfaltung und das Recht auf Mitwirkung im kulturellen Leben für jeden gewährleistet sind.

Die SPD lehnt jede Art von Bevormundung, Behinderung und Zensur geistig-kultureller, wissenschaftlicher und künstlerischer Richtungen und Überzeugungen ab.

Die Grenze dieser Toleranz liegt dort, wo die Grundlagen eines demokratischen, die Menschenwürde achtenden Zusammenlebens gefährdet sind. Schulen, Unterrichts- und Forschungsstätten, sowie die kulturellen Einrichtungen, die für alle Staatsbürger bestimmt sind, müssen von jeder einseitigen weltanschaulichen Ausrichtung und Einwirkung freigehalten werden.

Die Sozialdemokratie achtet jede Religion und billigt jedem Menschen das Recht zu, sich zu einer Religion zu bekennen. Sie respektiert die verfassungsmäßigen Rechte der Kirchen, erwartet aber von ihnen, daß sie nur ihre spezifischen Aufgaben wahrnehmen.

II.

Die Schulen haben die Aufgabe, den freien, unabhängigen und selbständigen Staatsbürger zu erziehen. Die Jugend ist mehr als bisher zur Mitverantwortung, zur Mitarbeit und zum Verständnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu führen. Deshalb muß in allen Schulen mit der staatsbürgerlichen Unterrichtung und Erziehung (Sozialkunde) Ernst gemacht werden. Der Geist dieser Erziehung hat den gesamten Unterricht und das ganze Schulleben zu erfassen.

Die Aufgabe der Schulen

Darüber hinaus erhebt die SPD u. a. folgende Forderungen:

1. Die schulische Trennung der Kinder nach Konfessionen ist abzulehnen.
2. Eine freie und vereinfachte Elternabstimmung bei der Wahl der Schulart ist zu gewährleisten.
(Die SPD erkennt das Elternrecht an; es muß jedoch seine Grenze am Recht des Staates an der Erziehung und am Recht des Kindes auf eine ihm nützliche Ausbildung finden.)
3. Die Zahl der Kinder in einer Klasse darf 40 nicht überschreiten und soll so bald als möglich auf 25 herabgesetzt werden.
4. Der Unterricht muß in modernen, hygienisch einwandfreien, an Zahl ausreichenden Gebäuden erteilt werden, für deren Errichtung der Staat erhebliche Mittel bereitzustellen hat; dabei ist auch für Turnhallen und Sportplätze zu sorgen.
5. Jedes Kind hat Anspruch auf den kürzesten Schulweg.
6. Alle Schularten müssen zusammen ein organisch gegliedertes Schulsystem bilden, und keine Schule darf gegenüber anderen bevorzugt oder benachteiligt werden.
7. Durch die Einführung eines 9. Schuljahres ist der Wert der Volksschulbildung zu erhöhen.
8. Aus der Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Rechte darf dem Lehrer kein Nachteil erwachsen. Die Lehrtätigkeit ist ein öffentliches Amt und kein weltanschaulicher Beruf.
9. Die Ausbildung der Volksschullehrer muß an Universitäten erfolgen. Gleichzeitig ist eine Neuordnung der Ausbildung aller übrigen Lehrer anzustreben.
10. Jeder Versuch, die geistliche Schulaufsicht wieder einzuführen, ist abzulehnen. Dagegen ist das Recht der Mitbestimmung für die Lehrer gesetzlich festzulegen.

Volksschulen

Stellung des Lehrers

11. Die Einführung von Aufnahme-, statt Entlassungsprüfungen soll dem Berechtigungswesen entgegenwirken. Jedem jungen Menschen muß ermöglicht werden, die seiner Begabung entsprechende Schule zu besuchen. **Prüfungswesen**
12. Die vorbeugenden Maßnahmen für die Jugend, insbesondere die Jugendpflege, müssen bedeutend stärker als bisher berücksichtigt werden. Im Interesse einer gesunden und freien Entwicklung unserer heranwachsenden Jugend wird insbesondere eine stärkere Förderung des Baues von Jugendherbergen und Jugendheimen für notwendig erachtet. **Jugendpflege**
- Eine Staatsjugend ist abzulehnen. Auf der anderen Seite müssen aber die Organisationen der freien Jugendpflege, die eine sehr wertvolle Arbeit leisten, angemessen gefördert werden.
13. Das Berufsschulwesen muß weiter ausgebaut werden, besonders in den Landkreisen, den kleinen und mittleren Städten. Die Errichtung von gewerblichen Berufsfachschulen mit angegliederten Lehrwerkstätten muß angestrebt werden. **Berufsschule**
14. Anstatt verschärfter Aufnahmeprüfungen und der dadurch entstehenden Härten bei der Auslese der Schüler für höhere Lehranstalten ist die Schaffung von ausreichenden Schulräumen und Planstellen an höheren Schulen mit Nachdruck zu fördern. **Höhere Lehranstalten**
- Eine Verringerung der Zahl der Schultypen im höheren Schulwesen ist anzustreben.
15. Aufgabe der Universitäten und Hochschulen ist es: **Universität**
- Stätten der freien Forschung und Lehre zu sein, ihren Studenten ein umfassendes Verständnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu vermitteln, Mittelpunkt des geistigen Lebens des gesamten Volkes zu sein. Studium ist Arbeit und als solche zu werten.
- Die Zahl der staatlichen Stipendien und Studienbeihilfen ist zu erhöhen. Die Gründung einer weiteren Universität ist abzulehnen. Dagegen muß der Ausbau der drei Landesuniversitäten, der Technischen Hochschule in München und der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg gefördert werden.

III.

Abgesehen vom Schulwesen fordert die SPD u. a.:

**Kulturelle
Umwelt**

1. Für die Errichtung von Kindergärten und Horten müssen staatliche Mittel in größerem Umfang zur Verfügung gestellt werden.
2. Auch für die Erwachsenenbildung müssen die staatlichen Mittel wesentlich erhöht werden.
3. Die Bestände der Volksbüchereien müssen vergrößert werden. Ihre Zusammenstellung ist von allen weltanschaulichen Tendenzen freizuhalten.
4. Die Bestrebungen von freien Vereinigungen, Turnen und Sport in Schule und Volk eine größere Breitenwirkung zu geben, müssen ideell und materiell unterstützt werden.
5. Artikel 141 der Bayer. Verfassung ist verstärkt zu beachten (Naturschutz- und Landschaftspflege; Natur- und Kulturdenkmale; Erholungsgebiete).

Nicht nur die kulturelle, sondern auch die wirtschaftliche Bedeutung des Schutzes der Natur muß bei der Jugenderziehung und Erwachsenenbildung herausgestellt werden.

6. Die rechtliche und verwaltungsmäßige Unabhängigkeit und die Selbständigkeit in der Programmgestaltung des Bayerischen Rundfunks ist weiterhin zu gewährleisten. Die Programmgestaltung sollte mehr als bisher den Bedürfnissen breiter Volksschichten nach Aufklärung und Belehrung Rechnung tragen.
7. Alle Versuche, Presse, Film und Funk staatlichen oder privaten Zensurbestimmungen zu unterwerfen, sind schärfstens abzulehnen.
8. Dem freischaffenden Künstler ist das Recht auf freie Entfaltung zu sichern. Der Staat muß die ihm zugefallene Aufgabe als Förderer der Künste mehr als bisher durch praktische Hilfe erfüllen.
9. Der Unterbewertung der geistigen und publizistischen Arbeit muß ein Ende gemacht werden.
Auch der geistige Arbeiter muß gerecht entlohnt werden.

SOZIALPOLITIK

Die demokratische und soziale Gesellschaft kann nur bestehen, wenn der Mensch in den Mittelpunkt des politischen Geschehens gestellt ist. Deshalb erstrebt die SPD eine Sozialpolitik, die Existenz, Freiheit und Würde des Einzelnen sichert. **Ziel und Aufgabe**

Eine fortschrittliche Sozialpolitik ist mit eine wesentliche Voraussetzung für einen höheren Lebensstandard, der jedem einen größeren Anteil am kulturellen Leben ermöglicht.

Ein höherer Lebensstandard kann aber nur erreicht werden, wenn Wirtschafts- und Finanzpolitik in den Dienst der Sozialpolitik und des kulturellen Fortschritts gestellt werden.

Der Staatsbürger muß vor den Gefahren geschützt werden, die ihn und seine Familie aus den Wechselfällen des Lebens, wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, ungesicherter Lebensabend bedrohen.

Die sozialpolitischen Maßnahmen des Bundes sind unzureichend. Die SPD in Bayern wird deshalb weiterhin versuchen, nicht nur im Bayerischen Landtag und in der Bayerischen Staatsregierung in sozialfortschrittlichem Sinne zu wirken, sondern auch durch Einflußnahme auf den Bundestag und den Bundesrat ihre sozialpolitischen Ziele zu verwirklichen.

In Bayern fehlen noch 500 000 bis 600 000 Wohnungen. Für die SPD in Bayern bleibt daher die Wohnraumbeschaffung das vordringlichste Problem. **Wohnungs- politik**

Sie fordert dazu im einzelnen:

1. Der finanziell schwache Bürger muß im sozialen Wohnungsbau in erster Linie berücksichtigt werden.
2. Billigere Mieten für Minderbemittelte und kinderreiche Familien sind durch Zinszuschüsse des Staates und der Gemeinden anzustreben.

3. Für die Wohnungssuchenden mit geringem Einkommen sind die staatlichen Darlehen im sozialen Wohnungsbau zu erhöhen.
4. Wohnungsnotstände schlimmster Art müssen durch zusätzliche Gewährung von Zuschüssen neben den Darlehen beseitigt werden.
5. Wohnungen sind insbesondere an den Standorten der Industrie und dort zu bauen, wo Arbeitsplätze vorhanden sind.
6. Bei der Planung von Siedlungsbauten im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues ist der gleichzeitige Bau von Kindergärten und Schulen, von ärztlichen Ambulatorien und passenden Einkaufsgelegenheiten vorzusehen.
7. Durch Erstellung von neuem Wohnraum müssen die privaten und staatlichen Massenlager tatsächlich aufgelöst werden.
8. Junge Menschen sollen durch Bereitstellung billiger Darlehen zur Schaffung und Einrichtung eines Heimes besonders berücksichtigt werden.

Die SPD sieht in den gemeinnützigen Bauträgern einen wesentlichen Faktor zur Linderung der Wohnungsnot in Bayern. Deshalb wird sie ihnen auch in der Zukunft ihre volle Unterstützung zuteil werden lassen.

Die Gesundheit des Einzelnen zu erhalten oder wiederherzustellen ist **Gesund-** und bleibt die wichtigste Aufgabe der öffentlichen Gesundheitsfür- **heitswesen** sorge. Die SPD ist gewillt, ihre erfolgreichen Bemühungen fortzusetzen und zu verstärken, und verlangt insbesondere den Ausbau der *vorbeugenden Gesundheitsfürsorge*. Dazu fordert sie im einzelnen:

1. Maßnahmen zur Vermeidung von Berufsschäden der Arbeitsüberlastung und ihrer Folgen,
2. Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten, die auf mangelnde oder falsche Ernährung zurückzuführen sind,
3. Verbesserung des schulärztlichen und schulzahnärztlichen Dienstes,

4. Förderung der Erforschung von Geschwulstkrankheiten, Rheuma und Kreislaufstörungen (Errichtung einer Anstalt zur Erforschung bösartiger Geschwülste),
5. Anwendung der modernsten Heilmittel auch für die Bevölkerung mit geringem Einkommen ohne Rücksicht auf die Kassenzugehörigkeit,
6. Ausbau der Kliniken nach modernen Erkenntnissen, damit diese allen Anforderungen hinsichtlich Unterkunft und Behandlung genügen,
7. Errichtung eines von Verwaltungs- und Versicherungsträgern unabhängigen sozialärztlichen Dienstes,
8. Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Pflegepersonals und der Jungärzte.

Ihre besondere Aufgabe sieht die SPD in Bayern in einer Förderung **Hilfe für die Jugend** der Jugendfürsorge und der jugendpflegerischen Maßnahmen. Unter strikter Ablehnung eines Arbeitsdienstes für die Jugend fordert die SPD vor allem die Fortführung der Maßnahmen des bayerischen Jugendwerks.

Sie verlangt u. a.:

1. Behebung der Berufsnot der bayerischen Jugend und Förderung des Facharbeiternachwuchses durch staatliche Hilfe für Grundausbildungslehrgänge und Ausbau von Lehrwerkstätten im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten,
2. Förderung des Baues von Jugend- und Erholungsheimen (überörtlicher Lehrstellenausgleich),
3. verstärkte und frühzeitige Berufsaufklärung der Eltern und Jugendlichen,
4. Ausbau und Koordinierung der Jugendfürsorgemaßnahmen im Interesse der gefährdeten und verwaorlosten Jugend.

Die überaus starke Beanspruchung des arbeitenden Menschen durch die fortschreitende Technisierung und Mechanisierung des Produktionsprozesses, die Auswirkungen des Krieges usw. können zum Teil durch Maßnahmen auch auf Landesebene gemildert werden.

Allgemeine sozialpolitische Forderungen

Dazu fordert die SPD in Bayern u. a.:

1. Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen für ältere Angestellte und Arbeiter,
2. Vermehrung der Dauerarbeitsplätze durch Erhöhung der Kreditmittel,
3. Anpassung der Richtsätze der öffentlichen Fürsorge an den notwendigen Lebensbedarf,
4. Ausbau der gewerbe-medizinischen Einrichtungen und Verstärkung der Gewerbeaufsichtsämter mit Überwachungspersonal,
5. Trennung von Wohlfahrt und sozialer Fürsorge in der Kriegsopferversorgung und Verstärkung der Fürsorge,
6. Aufrechterhaltung der Freifahrt für Schwerbeschädigte in Bayern bis zu einer bundeseinheitlichen Regelung,
7. beschleunigte Auszahlung der Entschädigung für ehemalige Kriegsgefangene.

Fast die ganze soziale Gesetzgebung ist Angelegenheit des Bundes. Auf den Bund ist deshalb verstärkt dahingehend einzuwirken, daß

Unsere Forderungen an den Bund

1. alle Renten dem veränderten Lohn- und Preisgefüge angepaßt werden,
2. allen Menschen in abhängiger Arbeit ein zusammenhängendes freies Wochenende gewährt wird,
3. das Bundesentschädigungsgesetz für Opfer des Nationalsozialismus verbessert wird,
4. das deutsche Arbeitsrecht auf Arbeitnehmer, die bei den Besatzungsbehörden beschäftigt sind, volle Anwendung findet,

5. das deutsche Arbeitsrecht einheitlich und übersichtlich gestaltet wird,
6. die Sozialversicherung umfassend neu geordnet wird — mit dem Ziel eines ausreichenden Schutzes für den Versicherten und seine Angehörigen,
7. soziale und wirtschaftliche Maßnahmen im Interesse der Ausgebombten, Evakuierten und Heimatvertriebenen planmäßig vorwärts getrieben werden,
8. die berechtigten Ansprüche der Besatzungsgeschädigten anerkannt und befriedigt werden,
9. Kinderbeihilfen schon vom 2. Kind ab gewährt und die Erziehungsbeihilfen allgemein erhöht werden,
10. das Bundeswohnungsbaugesetz zu Gunsten der Wohnungssuchenden mit niedrigem Einkommen verbessert wird,
11. die Benachteiligung der Arbeitslosen, die in Bayern von der Arbeitslosenfürsorge ausgeschlossen sind, ein Ende findet,
12. bei einer Neufassung des Urlaubsgesetzes die bayerische Regelung nicht verschlechtert wird.

Die zunehmende Bedeutung der Sozialarbeit erfordert aus sachlichen Gründen die Zusammenfassung aller sozialpolitischen Aufgaben, die dem Staat zufallen, in einem Ministerium. Durch eine Koordinierung der Aufgaben soll ein unwirtschaftliches Nebeneinander vermieden und die zunehmende Unübersichtlichkeit der Sozialarbeit beseitigt werden.

Zusammenfassung der Sozialarbeit in einem Ministerium

Die SPD hat das Bestreben, allen Bewohnern Bayerns durch ihre sozialpolitischen Forderungen, die auf Landesebene verwirklicht werden können, eine bessere Lebensgrundlage zu bieten. Die SPD in Bayern wird mit äußerster Hingabe dieses Ziel verfolgen, bis es erreicht ist.

KOMMUNALPOLITIK

Das Fundament des sozialen Rechts- und Freistaates Bayern sind freie Gemeinden, in denen die Bürger Heimat- und zugleich Staatsverbundenheit finden. **Ziel und Aufgabe**

Die selbstverantwortliche Entscheidung der von den Gemeindebürgern gewählten Vertretungskörperschaften dient sowohl der Volksverbundenheit als auch der Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung. Deshalb muß vermehrt die Durchführung öffentlicher Aufgaben den Gemeinden überlassen werden.

Die Gemeinden haben in eigener Verantwortung der Wohlfahrt aller Gemeindebürger zu dienen. Insbesondere müssen sie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundlagen dafür schaffen, daß das Leben in Stadt und Land lebenswert ist.

Damit die Gemeinden ihre finanzielle Leistungsfähigkeit gesichert erhalten und ihre sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben erfüllen können, werden von der SPD in Bayern nachfolgende Forderungen erhoben:

1. ausreichende Beteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an den Steuereinnahmen des Bundes und des Landes, **Finanzielle Leistungsfähigkeit**
2. verfassungsmäßige Garantie der Realsteuern für die Gemeinden im Grundgesetz,
3. Zuweisung neuer Auftragsangelegenheiten nur bei gleichzeitiger Bereitstellung der notwendigen Mittel,
4. Deckung des Bedarfs der Bezirke und der Landkreise durch unmittelbare Erhebung von Abgaben und Steuern,
5. Bereitstellung vermehrter öffentlicher Mittel durch Bund und Land zur Behebung von Wohnungsnot und Wohnungselend durch den Bau von Mietwohnungen und Eigenheimen, **Soziale Aufgaben**
6. Anerkennung der kriegsbedingten Obdachlosigkeit als Kriegsfolge durch den Bund,

7. größtmögliche Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens für öffentliche Baudarlehen und rechtzeitige Bereitstellung der notwendigen Mittel,
8. Bereitstellung besonderer Mittel für den Wohnungsbau für Jungverheiratete,
9. Förderung des sozialen Wohnungsbaues für leistungsschwache Gemeindeglieder. Übernahme von Bürgschaften und Zinsverbilligungen,
10. Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere durch
 - a) Erhaltung der Natur- und Kunstdenkmale,
 - b) Heimatpflege,
 - c) Gestaltung der Wohnlandschaft,
11. Schaffung der Voraussetzungen für Ansiedlung und Entwicklung von Industrie und Gewerbe zur Gewinnung von Arbeitsplätzen und zur Stärkung der örtlichen Steuerkraft, **Wirtschaftliche Aufgaben**
12. Aufstellung eines gemeinsamen Straßenbauprogramms des Bundes, des Landes und der Gemeinden für alle Straßen, einschließlich der Gemeindeverbindungs- und Wirtschaftswege,
13. Aufstellung eines weitschauenden Verkehrsplanes zur Auflockerung und Milderung der Verkehrsnotstände, sowie Anlegung von Radfahrwegen,
14. Förderung der Wasserversorgung und Kanalisation der Abwässerbeseitigung und der Wildbachverbauungen,
15. Aufstellung eines 5-Jahres-Planes zur Beseitigung der Schularaumnot. **Kulturelle Aufgaben**
16. Erhaltung und Stärkung des gemeindlichen mittleren und höheren Schulwesens durch ein Schulfinanzierungsgesetz,
17. Förderung der Volkshochschulen, der Volksbildungseinrichtungen und der Erwachsenenbildung durch vermehrte Staatsmittel,
18. Förderung der Freizeitgestaltung, insbesondere Förderung des Sports.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

I. Allgemeine Forderungen der SPD zur Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Wirtschafts- und die Finanzpolitik eines Landes sind eine untrennbare Einheit. Beide haben die Aufgabe, den allgemeinen Wohlstand zu heben und die sozialen, sowie die kulturellen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen.

Die allgemeine Wirtschaftspolitik ist ebenso wie die Finanzpolitik nach dem Grundgesetz im wesentlichen Sache des Bundes. Die SPD in Bayern verzichtet daher auf eine umfassende Darlegung ihrer allgemein bekannten Forderungen auf Bundesebene.

Die Sicherung eines erhöhten Lebensstandards und die wirtschaftliche Befreiung der Persönlichkeit sind Ziele der SPD. Ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik will allen Arbeitnehmern und wirtschaftlich Schwachen dienen. Jeder soll die wirtschaftlichen Grundlagen erhalten, welche die Voraussetzung für die Entwicklung seiner Persönlichkeit in Freiheit und Würde sind.

Die SPD verlangt insbesondere

- die Gleichheit wirtschaftlicher Startbedingungen,
- die Sicherung des Arbeitsplatzes,
- die Überwindung jeglicher Ausbeutung,
- die Steigerung des Sozialprodukts und
- eine gerechtere Verteilung des volkswirtschaftlichen Ertrages.

In Bayern setzt sich die SPD für einen großzügigen und beschleunigten Ausbau der wirtschaftlichen Kräfte des Landes mit allen Mitteln einer modernen staatlichen und privaten Investitionspolitik ein. Die Voraussetzung dafür ist die Schaffung des Landesentwicklungsplanes, der die Grundlage für eine einheitliche Wirtschafts- und

**Landes-
entwick-
lungsplan**

Finanzpolitik in Bayern bildet und ein Gesamtplan für die Entwicklung des Landes sein muß. Bereits im Regierungsprogramm vom 9. 1. 51 ist auf Antrag der SPD die Forderung nach einem Landesentwicklungsplan aufgenommen worden. Privatkapitalistische Einflüsse im Hintergrund der CSU haben die Durchführung dieser Forderung bisher verhindert. Daher verlangt die Sozialdemokratie erneut die Erfüllung ihrer Forderung und wird auch in Zukunft nicht nachlassen, ihren ganzen politischen Einfluß für dieses Ziel einzusetzen.

Auf der Grundlage des Landesentwicklungsplanes fordert die SPD die Schaffung eines gemeinsamen Rahmenprogramms für die Betätigung der öffentlichen Hand. Eine geschlossene und in sich sowohl sachlich wie räumlich abgewogene Koordinierung zu einem Gesamtprogramm muß an die Stelle der bisherigen Ressortpläne und Einzelmaßnahmen treten.

**Gemeinsames
Rahmen-
programm**

Bayern ist im Bunde benachteiligt. Seit der Währungsreform ist es in seiner wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber den meisten Bundesländern zwar nicht absolut, aber doch relativ zurückgeblieben (siehe „Benachteiligung Bayerns“). Daher fordert die SPD den Einsatz aller zur Verfügung stehenden staatlichen und privaten Mittel und eine großzügige Finanzhilfe des Bundes, damit dieser Rückstand in den kommenden 4 Jahren aufgeholt und der Anteil Bayerns am gesamtdeutschen Sozialprodukt zum mindesten wieder auf den in der Vorkriegszeit erreichten Stand gehoben wird.

**Benach-
teiligung
Bayerns**

II. Einzelforderungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bayern

Im einzelnen erhebt die SPD folgende wirtschafts- und finanzpolitische Forderungen:

1. Verstärkung des Einsatzes staatlicher und Mobilisierung privater Mittel zur Erweiterung und Intensivierung des z. Zt. laufenden Schürf- und Bohrprogramms zur Auffindung industriell verwertbarer Bodenschätze, besonders von Erdöl und Erdgas; verstärkten Aufschluß der oberpfälzer Eisenerzlagerstätten und Braunkohlenfelder.

**Boden-
schätze**

2. Förderung der Industrialisierung Bayerns zur Beseitigung der strukturellen Arbeitslosigkeit in den Grenz- und Notstandsgebieten.

**Industri-
alisierung
Bayerns**

Weitere Betreuung der in den letzten Jahren aufgebauten Flüchtlingsindustrien, insbesondere durch Verlängerung der Laufzeit bereits gewährter Kredite und Bürgschaften. Errichtung neuer industrieller Zentren in verkehrsgünstig gelegenen ländlichen Gebieten nach dem Landesentwicklungsplan. Tatkräftige Unterstützung der Exportindustrie.

3. Durchführung und Fortentwicklung des Grenzlandförderungsprogramms zur Sanierung der Gebiete entlang der Zonengrenze und der bayerisch-tschechischen Grenze in den nächsten 5 Jahren. Planvolle Koordinierung der erforderlichen Maßnahmen zwischen Bayern und Bund und Gewährung einer außerordentlichen Bundeshilfe in Höhe von 100 Mio DM.

Grenzlandförderungsprogramm

Im einzelnen schlägt die SPD insbesondere folgende Maßnahmen vor:

- a) Gewährung zinsgünstiger langfristiger Kredite an Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft in den Grenzgebieten,
- b) Verbesserung der Liquidität der Grenzlandkreditinstitute, u.a. durch vordringliche Tilgung ihrer Ausgleichsforderungen,
- c) Errichtung von Holzverarbeitenden Betrieben und ihre besondere Förderung durch den Staat,
- d) Gewährung von Steuerermäßigungen für die Grenzlandbetriebe,
- e) Erhöhung der Frachthilfe für Ostbayern und deren Ausdehnung auf den Güterfernverkehr,
- f) bevorzugte Auftragsvergabe der öffentlichen Hand an die Grenzlandbetriebe,
- g) stärkeren Ausbau der Wasserkräfte,
- h) Sondermaßnahmen zur Senkung der Strompreise im Grenzlandgebiet,
- i) weiteren Ausbau der Landstraßen I. Ordnung und Zuschüsse des Staates an Landkreise und Gemeinden für den Ausbau der Landstraßen II. Ordnung und der Gemeindeverbindungswege,
- k) verstärkte Förderungsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung,
- l) bevorzugte Zuteilung von Mitteln aus dem sozialen Wohnungsbau an die Arbeitnehmer der Grenzlandbetriebe,
- m) Ausbau der Wasserversorgung und Förderung von Maßnahmen zur Abwässerbeseitigung,

- n) beschleunigte Durchführung der Flurbereinigung,
- o) Förderung des Fremdenverkehrs und des Jugendherbergewesens, Anlage von Campingplätzen.

4. Beschleunigter Ausbau der bayerischen Energiequellen.

**Ausbau
der Ener-
giequel-
len**

Der Anteil des Fremdstroms am bayerischen Energieverbrauch ist in letzter Zeit erheblich gestiegen. Darin liegen gewisse Gefahren für die Zukunft. Ihnen muß durch folgende Maßnahmen begegnet werden:

- a) fortschreitende Nutzbarmachung der bayerischen Wasserkräfte,
- b) Errichtung von Dampfkraftwerken, insbesondere zur Deckung des Spitzenbedarfs und zum Ausgleich der Stromschwankungen,
- c) Intensivierung der Verbundwirtschaft mit den benachbarten europäischen Ländern,
- d) Prüfung der Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Auswertung der Atomenergie,
- e) Neuordnung und Zusammenfassung der gesamten bayerischen Elektrizitätswirtschaft.

In Bayern sind bei einem jährlichen Stromverbrauch von rd. 6 Mrd. kWh in einem Dreistufensystem 68 Energieversorgungsunternehmen an der Stromversorgung des Landes beteiligt, die 96,5 % des gesamten Stroms an die Verbraucher liefern. Diese Zersplitterung in der Energieversorgung wirkt sich zum Nachteil der bayerischen Wirtschaft aus. Auf Grund der Vollmachten des Energieaufsichtsgesetzes muß daher eine grundlegende Untersuchung und Überprüfung der bayerischen Strompreise und im Rahmen eines Landesentwicklungsplanes die organisatorische Vereinfachung und Zusammenfassung zu einer wirklichen Landeselektrizitätsversorgung erfolgen.

5. Verstärkung und Zusammenfassung der erforderlichen Maßnahmen zur Abwendung der drohenden Wasserknappheit.

**Wasser-
wirtschaft**

Sofortmaßnahmen zur Behebung des Wassermangels im Gebiet des Jura, des westlichen Mittelfrankens und der ostbayerischen Grenzgebirge.

6. Förderung der Bodenreform, Hebung der landwirtschaftlichen Leistung, Sicherung der Preise und des Absatzes und Hebung der sozialen Verhältnisse auf dem Lande.

**Ernäh-
rung,
Landwirt-
schaft und
Forsten**

Im einzelnen sind u. a. dazu folgende Maßnahmen erforderlich:

- a) Bereitstellung von Land für nachgeborene Bauernsöhne, für heimatvertriebene Bauern und für Landarbeiter,
- b) Kultivierung von Öd- und Moorland,
- c) Hebung der landwirtschaftlichen Leistung durch eine Erhöhung der Flächen- und Arbeitsproduktivität,
- e) Beschleunigung der Flurbereinigung und der Dorfauflockerung,
- f) Verbesserung der Ent- und Bewässerungsmaßnahmen,
- g) Weiterentwicklung der Mechanisierung, besonders auch in den kleinbäuerlichen Betrieben,
- h) Förderung des landwirtschaftlichen Ausbildungs- und Beratungswesens. Verbesserung des ländlichen Schulwesens. Ausdehnung und Ausnutzung der Betriebsberatung,
- i) Herstellung der Lohnparität zwischen Land- und Industriearbeit,
- k) Förderung des Baues von Heimstätten für Landarbeiter mit kleinem Landbesitz,
- l) Ausbau der Marktordnung und ihre elastischere Handhabung zur Existenzsicherung der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe; keine Übernahme von Aufgaben durch den Staat, für die der Landhandel und die Genossenschaften zuständig sind,
- m) Beseitigung von volkswirtschaftlich ungerechtfertigten Verarbeitungs- und Handelsspannen,
- n) Abschaffung der Zuckersteuer,
- o) Altersversicherung mit Hinterbliebenenversorgung für alle selbständig Schaffenden in der Landwirtschaft und ihre Familienangehörigen,
- p) Einrichtungen zur Erleichterung der Arbeit der Landfrauen,
- q) planmäßige Waldwirtschaft zur Behebung der seit 1945 entstandenen Schäden,
- r) Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Forstarbeiter, Angestellten und Beamten

7. Sofortmaßnahmen sowie die Aufstellung eines Dringlichkeitsprogramms zur Verbesserung der bayerischen Verkehrsverhältnisse. Dazu gehören vor allem:

- a) der sofortige Bau der Autobahn Nürnberg—Aschaffenburg,
- b) die beschleunigte Fertigstellung der Ostmarkstraße und der bayerischen Queralpenstraße,

**Verkehrs-
probleme**

- c) die Bereitstellung von Bundesmitteln für den weiteren Ausbau der bayerischen Bundesstraßen,
 - d) die beschleunigte Elektrifizierung der Bahnlinien Würzburg—Treuchtlingen, Regensburg—Passau, Nürnberg—Hof, München—Lindau und Regensburg—Hof,
 - e) der weitere Bau der Rhein—Main—Donau-Großschiffahrtsstraße über Bamberg hinaus bis Nürnberg,
 - f) Fortsetzung der Autobahn Wien—Salzburg—München nach Lindau—Schweiz.
8. Fortführung und Intensivierung der bisherigen Maßnahmen zur Förderung der sog. mittelständischen Wirtschaft, besonders des Handwerks, des Gewerbes und der Fremdenverkehrsbetriebe. **Mittelständische Wirtschaft**
9. Fortführung des sozialen Wohnungsbaues bis zur endgültigen Behebung der Wohnungsnot der minderbemittelten Bevölkerung. Keine Übertragung der Grundsätze der freien Marktwirtschaft auf das Gebiet des Wohnungswesens. **Sozialer Wohnungsbau**

Mit Nachdruck wendet sich die SPD deshalb gegen die in letzter Zeit in verstärktem Maße sichtbaren Bestrebungen von Seiten der Bundesregierung sowie gewisser privatkapitalistischer Kreise, die bestens bewährten Grundsätze des sozialen Wohnungsbaues aufzugeben. Die Wohnungsnot der finanziell minderbemittelten Schichten ist nur zum geringen Teil behoben. Die Zugrundelegung einer Kostenmiete für die finanzielle Kalkulation der Wohnungsbauprogramme der kommenden Jahre würde gerade diesen Kreisen die Erlangung einer eigenen Wohnung auf unabsehbare Zeit unmöglich machen.

Die SPD begrüßt die verstärkte Förderung des Baues von Eigenheimen und Eigentumswohnungen, verkennt jedoch nicht, daß nur ein geringer Teil der Wohnungsanwärter in der Lage ist, die dafür erforderlichen Zuschüsse aus eigenen Mitteln zu leisten.

Eine Erhöhung der Altmieten darf solange nicht stattfinden, als sie nicht durch entsprechende Lohn-, Gehalts- und Rentenerhöhungen ausgeglichen wird.

10. Moderne Investitionspolitik für den Ausbau der wirtschaftlichen Kräfte Bayerns auf der Grundlage des Landesentwicklungsplanes. Reform des derzeit geltenden, längst veralteten Haushaltsrechts. Aufteilung des Staatshaushaltsplanes in einen Verwaltungshaushalt, der die reinen Verwaltungsaufgaben umfaßt, und in einen Investitionshaushalt, in dem die werbenden Ausgaben des Staates aufgeführt sind. **Staatshaushalt**

...gliche Einleitung der erforderlichen Schritte zur Vorbereitung einer umfassenden Verwaltungsreform. Bildung eines Arbeitsausschusses von Fachleuten zur Ausarbeitung geeigneter Vorschläge. **Verwaltungsreform**

(Anmerkung: Vorbereitungen hierzu wurden bereits durch den Landesvorsitzenden Waldemar von Knoeringen getroffen. Siehe Abschnitt „Zitate: Verwaltungsvereinfachung“).

Äußerste Sparsamkeit in allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung.

12. Vervollkommnung des vertikalen und horizontalen *Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern* bzw. zwischen den Ländern untereinander. **Finanzausgleich**

Stärkere Berücksichtigung Bayerns bei

- a) den Investitionsaufwendungen des Bundes und den Bundeszuschüssen für wirtschaftsfördernde Maßnahmen,
- b) den Investitionskrediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau,
- c) der Vergabe von Wohnungsbaumitteln durch Bund und Lastenausgleichsfond sowie im Rahmen des allgemeinen Bundesgrenzlandförderungsprogramms.

Weitere Verbesserung des *innerbayerischen Finanzausgleichs* zugunsten der Gemeinden und Gemeindeverbände.

13. Beschleunigte Durchführung aller Maßnahmen des Lastenausgleichs. **Lastenausgleich**

14. Steigerung der finanziellen Leistungen des Landes Bayern zur Wiedergutmachung für die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung. Beschleunigte und großzügige Durchführung aller Maßnahmen zur Wiedergutmachung durch den Bund. **Wiedergutmachung**

15. Fortsetzung der Modernisierung der bayerischen Staatsbäder. Rücksichtnahme auf die Interessen der finanziell schwächer gestellten Bevölkerungskreise. **Staatsbäder**